auch gleichartige interne Serviceleistungen verschiedener Behörden in wenigen Dienstleistungszentren bündeln. Das betrifft zum Beispiel die Personalverwaltung, das Haushalts- und Rechnungswesen sowie Beschaffungen und IT-Anwendungen.

So lassen sich nachweisbar erhebliche Einsparungen realisieren. Standardisierung und Prozessoptimierung durch den Einsatz moderner IT-gestützter Kommunikationstechnologien gewährleisten auch eine einheitliche Rechtsanwendung, einen raschen und kompetenten Service und bei professioneller Führung eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit.“

Mit der beschlossenen Modernisierungsstrategie legt die Bundesregierung die Grundlagen dafür, dass die Verwaltung leistungsfähiger, serviceorientierter, wirtschaftlicher und innovativer wird. „Wir müssen unseren Führungskräften stärker als in der Vergangenheit ihre Verantwortung für Innovationen und Reformen bewusst machen und eine innovationsfreundliche Kultur auch in der Verwaltung schaffen. Das ist die wirkliche Herausforderung. Die Modernisierung der Verwaltung kann nur gelingen, wenn Führungskräfte und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bundesverwaltung sie behörden- und ressortübergreifend als gemeinsames Anliegen begreifen“, erklärt Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble.

Mit dem Programm hat das Kabinett folgende Ziele beschlossen:

Überflüssige Bürokratie und vermeidbare Verwaltungsprozesse sollen abgebaut werden. Die Verwaltung soll sich auf ihre Kernaufgaben beschränken und neue Kooperationsformen auch mit der Wirtschaft etablieren. Eine strategische Steuerung soll zu einer besseren Zusammenarbeit auch behördenübergreifend und damit zu ergebnisorientierten und wirtschaftlichen Prozessen beitragen. Das Potential moderner Technologie soll besser genutzt werden, um staatliche Aufgaben effektiver, transparenter und wirtschaftlicher umsetzen zu können. Gleichzeitig soll der Staat Vorreiter beim Einsatz neuer Technologien sein. Deshalb kommt dem E-Government bei der Modernisierung der Verwaltung eine besondere Rolle zu. Mit E-Government 2.0 geht der Bund in eine neue Phase und wird sein Internet- Angebot qualitativ und quantitativ ausbauen. Gleichzeitig wird der Bund Vorreiter für eine sichere und verlässliche Internetkommunikation sein. Hierfür soll unter anderem ein neuer Personalausweis

dienen, der einen Chip zur elektronischen Identifizierung enthalten wird. Stärker als in der Vergangenheit soll bei allen Modernisierungsmaßnahmen dem Zusammenwirken von Personal, Organisation, Steuerung und Einsatz neuer Technologien größere Beachtung geschenkt werden.

Flankierend zum Kabinettsbeschluss des Regierungsprogramms Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen hat der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Hans Bernhard Beus, das neue Modernisierungsportal www.verwaltung-innovativ.de freigeschaltet. Das neue Portal löst den bisherigen Auftritt www.staat-modern.de ab und informiert über die neue Strategie zur Modernisierung der Bundesverwaltung.

„Auf der neu gestalteten Website wird künftig die Gesamtstrategie der Bundesregierung zur Modernisierung der Bundesverwaltung dargestellt, die die Bereiche Personal, Verwaltungssteuerung, Organisation und E-Government umfasst. Die zentrale Internet- Plattform wird über die neuen Schwerpunkte sowie die entsprechenden Maßnahmen und Fortschritte des Programms Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen informieren. Dienstleistungsorientierung und Bürgernähe der innovativen Verwaltung werden auch durch Transparenz und offenes Kommunikationsverhalten anschaulich. Die neue Website www.verwaltung-innovativ.de ist ein Beitrag dazu“, erklärt Staatssekretär Dr. Beus.

Helmut Reimer

Internetdatenbanken datenschutzgerecht gestalten!

Die Medienberichterstattung zur Internetdatenbank MeinProf.de gibt Anlass, allgemein auf den Missstand hinzuweisen, dass zunehmend unkontrolliert personenbezogene Daten in Datenbanken im Internet veröffentlicht werden.

So lassen Studenten ihrem berechtigten oder unberechtigten Unmut über Dozenten freien Lauf. Gläubiger veröffentlichen die Namen von tatsächlichen oder angeblichen Schuldern. Interessengruppen veröffentlichen Informationen über Unternehmer, um auf Defizite in der Wirtschaft hinzuweisen. Dies alles geschieht nicht in Gestalt von individuellen – grundrechtlich geschützten – Meinungsäußerungen z.B. in Internetforen, Blogs oder auf persönlichen Webseiten,

sondern gebündelt, strukturiert aufbereitet und für jedermann im weltweiten Netz frei recherchierbar.

Internetdatenbanken erwecken daher den Anschein einer objektiven Wissensdatenbank.

Häufig gibt es im Kern ein legitimes Anliegen. Genauso häufig schießen die Datenbanken über das Ziel hinaus und verletzen das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen, wenn weder die Richtigkeit der Informationen geprüft wird noch die Betroffenen in Kenntnis über die Veröffentlichung gesetzt werden. Sie haben keine Chance, sich gegen unrichtige Informationen zu wehren.

Gegen die Bewertung von Dozenten, die auch Hörern mit berechtigtem Informationsinteresse zugänglich ist, ist nichts einzuwenden. Sie muss aber nach einem fairen Verfahren geschehen.

Das gilt auch bei Datenbanken mit angeblich unzuverlässigen Schuldnern, Mietern oder Handwerkern.

Es kann gute Gründe geben, Forderungen nicht zu begleichen, etwa weil der Betroffene sie bestreitet. Einen Unternehmer wegen nicht gesicherter Erkenntnisse anzuschwärzen und an den weltweiten elektronischen Internet-Pranger zu stellen, kann ihn u.U. ruinieren. Einmal ins Internet gegebene Informationen sind nicht „rückholbar“, denn sie können trotz Löschung in anderen Angeboten auftauchen, etwa weil sie zwischenzeitlich kopiert wurden.

Alexander Dix: „Das Datenschutzrecht dient dem gerechten Ausgleich der Interessen aller Beteiligten. Datenbanken unterliegen auch im Internet bestimmten Regeln. Betreiber dürfen nicht mit modern-mittelalterlichen Methoden arbeiten und Menschen schutzlos mit negativen Informationen einem weltweiten Publikum preisgeben.“

Mehr Informationen sind auf der Internetseite des DSB Berlin unter www.datenschutz-berlin.de zu finden.

Helmut Reimer

AN.ON-Server des ULD beschlagnahmt

Am 6. September 2006 wurde von der Polizei auf Grund eines Beschlusses des Amtsgerichtes Konstanz der Anonymisierungsserver des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD) beschlagnahmt. Die bei einem Dienstleister in Karlsruhe durchgeführte